Pressemitteilung

Radentscheid Kassel c/o Umwelthaus · Wilhelmsstr. 2 · 34117 Kassel

An Pressevertreter*innen



Kontakt für Rückfragen:

Thomas Hofmann 0174-4591891 thomashofmann@posteo.de

Kassel, 27. April 2020

Änderungen der Straßenverkehrsordnung treten in Kraft - Radentscheid appelliert an Stadt, rasch darauf zu reagieren

Kassel: Diese Woche tritt die Novelle zur Straßenverkehrsordnung in Kraft, die den Radverkehr sicherer machen und schwache Verkehrsteilnehmer stärken soll. Der Radentscheid Kassel begrüßt, trotz einiger Schwächen und Lücken der Novelle, die Änderungen in Bezug auf das Abstandsgebot beim Überholen von Radfahrenden sowie die Erhöhung der Bußgelder für das verbotswidrige Halten und Parken auf Radwegen. In Bezug auf das neue Halteverbot auf Schutzstreifen sieht die Initiative Handlungsbedarf seitens der Stadt, um Lieferverkehr weiterhin rechtssicher zu ermöglichen.

Stadt muss auf Neuregelung zu Fahrradschutzstreifen schnell reagieren

Das neue Halteverbot auf Fahrradschutzstreifen erfordert nach Ansicht der Initiative eine rasche Reaktion seitens der Stadt. Es sei nun notwendig, in den vielen Kasseler Straßen mit Schutzstreifen schnellstmöglich engmaschig Kfz-Parkplätze zu Ladezonen umzuwidmen, damit gewerblicher Verkehr etwa von Paketdiensten oder Medikamenten- und Krankentransporten auch mit den neuen Regeln rechtssicher abgewickelt werden könne.

"Diese Änderung der Straßenverkehrsordnung hat zum Ziel, Gefährdungen und Behinderungen des Radverkehrs auf Schutzstreifen in Zukunft zu verhindern. Wir appellieren deshalb an die Stadt, mit der Einrichtung von Ladezonen sicherzustellen, dass gewerblicher Verkehr weiterhin ausliefern kann, der Radverkehr aber trotzdem geschützt wird," erläutert Thomas Hofmann, Sprecher beim Radentscheid. "Die Stadt darf den gewerblichen Verkehr mit diesem neuen Halteverbot nicht alleine lassen, sondern muss eine Infrastruktur anbieten, die regelkonformes Verhalten ermöglicht."

Radentscheid begrüßt Konkretisierung des Überholabstandes

Der Radentscheid begrüßt darüber hinaus die Festlegung des vorgeschriebenen Mindestabstandes beim Überholen von Radfahrenden. Damit werde gängige Rechtssprechung fixiert und Radfahrende würden besser geschützt, sofern die Änderungen klar kommuniziert und der Öffentlichkeit wiederholt dargelegt werden, etwa durch ausgiebige Kampagnenarbeit.

Forderung nach Grünpfeilen für rechtsabbiegende Radfahrende

Die Aktivist*innen vom Radentscheid freuen sich über die neue Möglichkeit für Kommunen, analog zum Grünpfeil für rechtsabbiegende Kfz, nun auch solche Pfeile exklusiv für den Radverkehr einzusetzen. Damit könne der Verkehrsfluss im Radverkehr deutlich verbessert werden, wie internationale Beispiele zeigten. Daher fordert der Radentscheid die Stadt Kassel auf, diese Möglichkeit unter Wahrung der Sicherheitsinteressen insbesondere des Fußverkehrs zukünftig zu nutzen.

Bußgelderhöhung lange überfällig

Auch die Erhöhung der Bußgelder für Halte- und Parkverstöße auf Radwegen wird von der Initiative positiv aufgenommen, wenngleich die neuen Bußgelder im europäischen Vergleich weiterhin sehr niedrig seien. Die Erhöhung sei lange überfällig und die regelmäßigen Behinderungen und Gefährdungen von Radfahrenden etwa auf der Friedrich-Ebert-Straße seien Zeugnis, dass die Strafen bisher zu gering waren. Ob nun Verbesserungen eintreten sei aber maßgeblich davon abhängig, wie konsequent die städtischen Behörden das Regelverhalten kontrollieren und Verstöße ahnden.

Radentscheid Kassel

Homepage: <u>www.radentscheid-kassel.de</u>

Facebook: www.facebook.com/RadentscheidKassel/
Twitter: https://twitter.com/Radentscheid_KS

Email: info@radentscheid-kassel.de

Für ein I(i)ebenswertes Kassel!